

Zeitung

In 8003 Hefen
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen
Jahrg. 217 Nr. 101/154

Bezugspreis: monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Postämter entgegen. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Abende Ausgabe enthält den Inhalt des Morgenheftes.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 84 mm breite 100-zeilige 10 Pfennig. Kleinanzeigen: 5 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. Stellenangebote: 3 Pfennig. Die 2. Spaltenbreite 100 mm: 10 Pfennig. 3. Spaltenbreite: 80 Pfennig. Näheres nach Karte. Verlagsort: Halle-Saale.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 31/32. Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5810. — Dolmetschentelefon Leipzig 29 512.	Mittwoch, 2. Juli 1924	Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfränkstr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Chtele, Halle-Saale

Französische Sabotage in der Ausgewiesenenfrage

Neue beschlagnahmte Wohnräume

Der Militärterror im besetzten Gebiet

Berlin, 1. Juli.

Im Reichstagsausfluß für die besetzten Gebiete wurde die Ausgewiesenenfrage behandelt. Von Seiten der Reichsregierung wurde betont, daß von den Ausgewiesenen nichts zu erwarten ist. In der Wohnung der zurückkehrenden Familien, denn der größte Teil der Wohnungen sei von der französischen Militärbehörde beschlagnahmt und zur Unterbringung von Soldaten und Offizieren verwendet worden. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die von Reichsrat Ferges erfolgte Zurücknahme der Beschlagnahmen systematisch durch entgegenwirkende Maßnahmen der französischen Militärbehörde, insbesondere durch neuerliche Beschlagnahme der letzten noch zur Verfügung stehenden Wohnungen im besetzten Gebiet, praktisch völlig sabotiert wird. Es darf nicht einmal damit gerechnet werden können, daß zehn Prozent der Ausgewiesenen ihre Wohnungen wieder zur Verfügung erhalten.

Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Effer-Wien (Zentrum), worin der Wunsch des Unwürdigen nicht erwidert, unter Hinweis auf die letzten gemachte Beschlagnahme von vierhundert Wohnungen in Wiesbaden bei der französischen Regierung unverzüglich dahin zu wirken, daß weitere Wohnungsanforderungen im besetzten Gebiet unterbleiben, weil andernfalls die Rückkehr der Ausgewiesenen durch neue, unübersehbare Schwierigkeiten gefährdet wird.

General Depouite aus den Düsselbacher Regierungspräsidenten gerichteten Schreiben ausdrücklich ausgenommen wurden.

Nach einer Mitteilung des Ministeriums für die besetzten Gebiete befindet sich unter den 76 Personen, denen die Rückkehr in das besetzte Gebiet weiter vorenthalten wird, auch der Oberbürgermeister der Stadt Riedlingshausen, Hamm.

Die Voraussetzungen für die Rückkehr der Ausgewiesenen

- Berlin, 1. Juli.
- Der Reichstagsausfluß für die besetzten Gebiete erfolgte in einer Radmitsitzung folgendes:
1. Die mit ihren Familien ausgewiesenen Beamten, Angehörigen und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, die im unbesetzten Gebiet entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, sind insoweit nicht ein dringendes Interesse des Dienstes entgegensteht, erst dann zur Rückkehr verpflichtet, wenn ihnen ausreichende Wohnung, den Beamten ein Amt, Angestellten und Arbeitern eine entsprechende Beschäftigung ausgeteilt werden kann.
 2. Die Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten über die vorläufige Unterbringung von Ausgewiesenen vom 14. Juli 1923 im besetzten Gebiet ist herbeizuführen.
 3. Die Reichsregierung hat dafür zu sorgen, daß den Ausgewiesenen ihre früheren Wohnungen, insoweit sie nicht für Zwecke der Bekämpfung von Meuterei beschlagnahmt sind, den Rückkehrenden wieder zur Verfügung gestellt werden.
 4. Die Reichsregierung hat dafür zu sorgen, daß im besetzten Gebiet freierhand, freihandels über durch Beschlagnahme freizumachende Wohnungen in erster Linie den zurückkehrenden Ausgewiesenen, Bedrängten und entlassenen Gefangenen zur Verfügung gestellt werden.
 5. Die im besetzten Gebiet begonnenen Reichseisenbahnwohnungsbauten sind schleunigst zu beenden.

tagte zuletzt am 16. Juni und wird wiederum in dieser Woche zusammengetreten. Der Untersuchungsgegenstand zur Erörterung der Frage der territorialen Gewährleistung zuletzt am 18. Juni, und der vierte Untersuchungsgegenstand, eingeleitet zur Prüfung der bestehenden Verträge zwischen England und Rußland tagte zuletzt am 27. Juni.

Der Untersuchungsrichter bei Frau Matteotti

(Eigener Drahtbericht.)

Der Untersuchungsrichter in der Angelegenheit Matteotti hat am Montag Frau Matteotti vernommen und zwar in ihrer Wohnung, die im Gesundheitszustand nicht gut, diese zu verlassen. Frau Matteotti erklärte ihm, daß sie als Privatperson in dem Prozeß aufträte und erwünschte mehrere Beobachter, welche ihr Name vor seiner Entföhrung erhalten hat. Sie hat den Untersuchungsrichter eindringlich ersucht nichts unversucht lassen, damit der Verdamnis ihres Mannes gefunden werde.

Schreckung der amerikanischen Einwanderungsziffer

New-York, 1. Juli.

Präsident Coolidge gab gestern die für die Einwanderung in die Vereinigten Staaten angestellten Zahlen der Einwanderer bekannt. Von heute ab bis Ende Juni nächsten Jahres sind insgesamt 182.000 gegen 388.000 Einwanderer der letzten Jahres zu erwarten. Die einzelnen Länder einander: aus Deutschland 51.227 gegen 100.007 im Vorjahre; aus Österreich 755 (früher 7342); aus der Tschechoslowakei 8075 (früher 14.387); aus Polen 5382 (früher 39.978). Alle übrigen Länder erfahren gleichfalls starke Rückgänge.

Die Berliner russische Handelsvertretung geht in Liquidation

Berlin, 1. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Telegraphenagentur teilt mit, die Leitung der russischen Handelsvertretung entließ heute abermals schlagartig Angestellte, außerdem kommandierte sie zwölf nach anderen Ländern. Ein Tagesbericht der russischen Handelsvertretung stellt fest, daß der deutsch-russische Konflikt bis zum 1. Juli noch nicht beigelegt werden ist. Die Handelsvertreter könnten daher ihre Arbeiter nur auf Klaustration einstellen. Dem Tagesbericht zufolge stellt die sämtliche Angestellte, mit Ausnahme der 250 bereits entlassenen, nur noch als vorläufige Angestellte für die Zeit eines Monats ein und zwar nur zur Abwicklung der Liquidationsgeschäfte.

Finanzminister Krauseneck über die Rechte der bayerischen Beamten

München, 1. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Verfassungskonflikt des Landtages erklärte Finanzminister Krauseneck, daß er es als ein Selbstverständliches betrachte, daß die Landesverträge nicht bloß dem Landtag sondern auch dem Gewissen nach erfüllt werden. Nachdem aber die Beamten nun befragt sind, ihre wirtschaftlichen Rechte nach der Umgestaltung der Reichseisenbahn in ein selbständiges Unternehmen gemäß dem Dames-Pian aufrechtzuerhalten, beabsichtigt er, an die Reichsregierung heranzutreten, damit diese eine diebezügliche verbindende Erklärung über die Sicherheit der Reichseisenbahn abgibt. Nach den bisherigen Erklärungen der Reichsregierung sei die Gewährleistung dieser Rechte zu erwarten, ebenso werde bei der Reichsregierung darauf hingewirkt werden, daß die Befolgung der Reichsbeamten auch nach der Umwidmung der Reichseisenbahn nicht schlechter gestellt werden soll, als wenn sie im Dienste des Landes stehen würden. Was die Förderung und Haltung des Berufsbeamtenstandes anbelangt, so glaubt er, daß das Berufsbeamtenamt nicht geschmälert werde im Hinblick darauf, daß die Reichseisenbahn wieder in die Hände des Landes zurückgeführt werden soll.

Koalitionsfragen

Berlin, 1. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Die „National-liberale Korrespondenz“ schreibt: Ein großer Teil der Presse erhebt sich in Vermutungen und Behauptungen über einen bevorstehenden Austritt der Fraktion der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition in Preußen. Es ist bekannt, daß eine Reihe von Ministern vorliegt, die das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der bisherigen Regierung aufs äußerste erfordern und in Frage stellt. Doch hierüber in der Fraktion eingehend gesprochen wurde, ist selbstverständlich Bescheid nicht noch nicht gegeben worden. Die Fraktion wird sich alles weitere vorbehalten. Dies zur Nichtöffentlichung von Verhandlungen, die es zu bestehen möchten, als ob über diese Pläne irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion beständen. Das ist durchaus nicht der Fall.

Verbotene Rückkehr

Büchlings, 1. Juli.

Der französische Pressedienst teilt mit, die Redaktionen deutscher Blätter haben an die Nachricht über die Rückkehr der Ausgewiesenen die Bemerkung geknüpft, daß auch die ausgewiesenen Schupoemann zurückkehren werden. Hierzu wird festgestellt, daß die Schupoemann in dem von

Der neue Präsident der interalliierten Kontrollkommission

General Walsh Nachfolger von Nollet

Paris, 1. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Der heute vormittag zusammengesetzte Ministerrat hat den General Walsh zum Vizepräsidenten des Reichsministers als Nachfolger des Generals Nollet zum Präsidenten der interalliierten Kontrollkommission ernannt. Der Ministerrat hat ferner die Wiederernennung des Generals Serrail angedeutet der Dienste erlangen, die er während der Vorkriegszeit und später als Oberkommandierender der Orientarmee geleistet hat. Ein Gefestwurm in diesem Sinne wird demnach eingeschätzt werden. General Serrail vor bekanntlich bei Clemenceau in Unanab gefahren und im Jahre 1917 wegen Ueberschreitung der Altersgrenze aus dem Dienste entlassen worden. Das 1917 fernsüdrandische Gefest, das für die kommandierenden Generale Ausnahmestimmungen vorah, vor auf ihn nicht angewandt worden.

Die neuen Vorstehenden der Kammerkommissionen

Paris, 1. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Heute nachmittag haben die Kammerkommissionen ihre Witz zusammengeführt. Der Präsident der Armeekommission ist der frühere Kriegsminister Maginot. Dagegen ist der Sozialdemokrat Vincent Auriol zum Präsidenten der Finanzkommission gewählt worden. Ein Sozialist ist gleichzeitig an die Spitze der Kommission für Handelsmarine getreten. Zum Vizepräsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde der Radikal-Sozialist Franklin Bouillon ernannt.

Poincaré im Senat

Paris, 1. Juli.

Die Ausnahmekommission des Senats hat gestern ein neues Mitglied von Bedeutung erhalten: Raymond Poincaré. Der Senator Hubilo erklärte, daß er aus der Kommission austrete, um für Poincaré Platz zu schaffen. Dieser Vorstoß wurde, wie in einigen Zeitungen zu lesen ist, mit Enthusiasmus aufgenommen.

Die englisch-russischen Verhandlungen

London, 1. Juli.

„Times“ betätigen heute, daß die Verhandlungen zwischen dem Vertreter der englischen Regierung von russischen Vorkriegs-schuldscheinen und der Sowjetregierung im wesentlichen als gescheitert zu betrachten seien. Das Angebot der Sowjetregierung sei zu niedrig gewesen.

Ein anderes Wort meldet, daß die Sowjetregierung zuerst angeboten habe, einen Betrag zur Abfindung der Schuldscheine bereitzustellen, der 10 Prozent der angemeldeten Forderungen betragen sollte. Aus diesem Betrag sollten die jüngeren Scheine möglichst voll erstattet werden, die bereits vor 1917 ihre Schuldtilgung gekauft hatten, die übrigen Restposten zum aus dem Restbetrag. Dieses Angebot ist im Laufe der Verhandlungen auf 20 Prozent des angebotenen Betrages erhöht worden, ein Betrag, den die Gläubigeransprüche gleichfalls als unzufriedenstellend erklärten.

Auf Anfrage eines Interparlamentarier teilte die englische Regierung mit, daß der erste Ausfluß der englisch-russischen Konferenzen, der sich mit Schulden- und Schadenersatzforderungen zu befassen hat, zuletzt am 6. Mai eine Sitzung abgehalten hat. Der Ausfluß für den Abschluß eines Handelsvertrages

London zur deutschen Kontrollnote

London, 1. Juli.

Die Presse veröffentlicht die deutsche Antikontrollnote in der Frage der Militärkontrollen zum Teil im Wortlaut und bespricht sie als eine Annahme der alliierten Forderungen. Der persönliche Ton der deutschen Antikontrollnote wird beworben und es wird allgemein darauf hingewiesen, daß die von gewissen Pariser Blättern verbreiteten Berichte über den abnehmenden Inhalt der deutschen Note jeder Grundtatsache beraubt. Im Zusammenhang damit findet der gestrige aufkommende Artikel des Pariser „Lemps“ viel Beachtung. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Antikontrollnote habe sich als weit befriedigender erweisen, als in Paris in der letzten Zeit erwartet wurde. Die vorletzte Pariser erzielten Verhandlungen hätten keine der befürchteten Vorbehalte enthalten und ließen die vorhergegangenen feindseligen Kommentare lächerlich erscheinen. In dem antwortlichen französischen Kreisen herrsche der Eindruck, daß die deutsche Annahme der Untersuchungen einen wichtigen Schritt vorwärts bedeute. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, der persönliche Ton der deutschen Note habe die Pariser Presse überrascht. Noch einige der Pariser „Frei-Blätter“ hätten einen feinen Verstand, daß die Note Bedingungen enthalte, die für die Alliierten vollkommen unannehmbar seien. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle“ betont die günstige Aufnahme der deutschen Note in Paris. Die deutsche Annahme einer allgemeinen Untersuchung durch die interalliierte Militärkontrollkommission habe Befriedigung und Befriedigung verursacht, insofern diese nicht in den letzten Tagen und noch gestern vormittag das Gerücht heraufgeführt verbreitet war, daß die deutsche Regierung es absehe, eine Wiederaufnahme der Militärkontrollen oder Untersuchungen vor Ende der Londoner Konferenz anzunehmen. Sogenannte „gut unterrichtete

